

Winterklausur der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Kloster Benediktbeuern, 20. bis 22. Januar 2011

Seite 1

Positionspapier „Datenschutz stärken“

Antragsteller: Andreas Fischer

Zeile

1 **Datenschutz stärken!**

2 **Datenschutzaufsicht unter einem Dach zusammenlegen!**

3
4 Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 9. März 2010 (Rs. C-518/07), wonach
5 die bisherige bayerische Regelung - wie die Regelung aller anderen Bundesländer auch - nicht im
6 Einklang mit den europarechtlichen Anforderungen einer völlig unabhängigen Datenschutzaufsicht
7 steht, ist eine Neuregelung der Datenschutzaufsicht im nichtöffentlichen Bereich nötig.

8
9 Das Staatsministerium des Innern hat zur Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes nun ein Kon-
10 zept vorgelegt, das die bisherige Trennung der Datenschutzaufsichten im öffentlichen und nichtöf-
11 fentlichen Bereich fortführt und neben dem Landesbeauftragten für Datenschutz eine weitere völlig
12 unabhängige Stelle implementieren möchte. So soll aus dem bisher in die Staatsverwaltung integ-
13 rierten Landesamt für Datenschutzaufsicht in Ansbach allein durch Gesetzesakt eine völlig unab-
14 hängige Behörde werden.

15
16 Alle übrigen Bundesländer gehen indes davon aus, dass eine effektive Datenschutzkontrolle am
17 besten dadurch zu erreichen ist, indem die Aufgabe der nichtöffentlichen Datenschutz-aufsicht
18 dem Landesbeauftragten für den Datenschutz übertragen wird. Auch die FDP hat stets dieses
19 Modell der „Einheitslösung“ favorisiert.

20
21 Für eine Zusammenlegung der Datenschutzaufsicht im öffentlichen und im nicht-öffentlichen Be-
22 reich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz sprechen vor allem folgende vier Gesichts-
23 punkte:

- 24
- 25 • Es entstünden erhebliche Synergieeffekte, wenn sowohl die Bürger als auch Unternehmen
26 sich in Datenschutzfragen an ein „Kompetenzzentrum“ des Landes wenden könnten. Der
27 beim Landesbeauftragten bereits jetzt vorhandene technische und juristische Sachverstand
28 könnte auch für die Beratung und die immer wichtiger werdende Kontrolle in der Privatwirt-
29 schaft nutzbar gemacht werden.

30

Winterklausur der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag, Kloster Benediktbeuern, 20. bis 22. Januar 2011

Seite 2

Positionspapier „Datenschutz stärken“

Antragsteller: Andreas Fischer

Zeile

- 1 • Die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen dem Bereich der öffentlichen Verwaltung auf Lan-
2 des- und Kommunalebene einerseits und dem nicht-öffentlichen Bereich der privaten Un-
3 ternehmen ist für Bürger ohnehin kaum noch transparent. Zunehmend lagern öffentliche
4 Stellen die Datenverarbeitung im Rahmen des Outsourcings auf private Unternehmen aus
5 oder kooperieren auf andere Weise mit privaten Datenverarbeitern.

- 6
7 • In all den Bundesländern, in denen die Zusammenlegung bereits vollzogen wurde, wird
8 über positive Erfahrungen berichtet. Sie hat sich mithin bewährt.

- 9
10 • Schließlich hat der Europäische Gerichtshof darauf hingewiesen, dass er dem Kriterium der
11 „völligen Unabhängigkeit“ der Aufsichtsbehörden nach der Europäischen Datenschutzricht-
12 linie erhebliche Bedeutung beimisst. Insofern ist fraglich, ob die „Umwidmung“ einer bisher
13 völlig abhängigen Behörde quasi „über Nacht“ in die Unabhängigkeit dieser Vorgabe ge-
14 recht wird.

15
16 Einer Zusammenlegung stehen auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken entgegen. Nach Art.
17 33a Abs. 2 BV kontrolliert der Landesbeauftragte für den Datenschutz bei den öffentlichen Stellen
18 die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Weder aus dem Wortlaut noch aus dem
19 Sinn und Zweck der Vorschrift ergeben sich Hinweise, dass es sich hierbei um eine abschließende
20 Zuständigkeitsregelung handeln soll. Demnach können dem Landesbeauftragten sehr wohl durch
21 Gesetz andere Aufgaben übertragen werden.

22
23 Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist eine örtliche Zusammenlegung in München nicht zwingend not-
24 wendig. Der Standort Ansbach muss daher nicht aufgegeben werden.